

## Stärkung von ethnischen und sozialen Minderheiten in Thailand bei der Einforderung ihrer Bürgerrechte

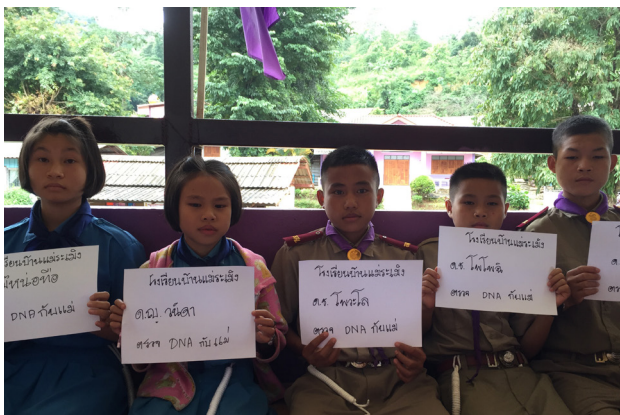
Vertretung  
Thailand



Ethnische und soziale Minderheiten werden in Thailand benachteiligt und häufig in ihren Rechten beschnitten. Die Projektmaßnahmen identifizieren Rechtsprobleme und beraten marginalisierte Gruppen zu ihrer Rechtslage.

### HERAUSFORDERUNGEN

Vielen ethnischen und sozialen Minderheiten, wie beispielsweise Angehörigen der Karen- und Chan- Stämme burmesischer Herkunft, gelingt es nicht, registriert zu werden. Doch nur wer registriert ist, kann in den Besitz



In der Grenzregion des Nordens gibt es viele Kinder, die durch das soziale Sicherungsnetz fallen, weil sie nicht registriert sind.

von gültigen Ausweispapieren gelangen, Landbesitztitel rechtsgültig anerkennen lassen oder eine Arbeitserlaubnis erhalten. Es bestehen zwar vielfach Gesetze, die Legalisierungen möglich machen, die Mehrzahl der Angehörigen dieser Minderheiten kennt diese Gesetze jedoch nicht. Vor allem die Minoritäten des Nordens werden deshalb nicht selten durch Ausweisungen bzw. Abschiebungen zum „Spielball“ der Behörden. Die Situation dieser marginalisierten Bevölkerungsteile steht der

Reduzierung von Ungleichheit und der Förderung von friedlichen und inklusiven Gesellschaften entgegen (Ziele nachhaltiger Entwicklung). Vor diesem Hintergrund kommt in Thailand der Herstellung von Rechtszugang und der entsprechenden Rechtsberatung besondere Bedeutung zu.

### LÖSUNGSANSÄTZE

Engagierte Rechtsexperten der Juristischen Fakultät der Thammasat-Universität Bangkok und weiterer Universitäten im Norden Thailands bieten eine Rechtsberatung für Angehörige ethnischer und sozialer Minderheiten und Randgruppen an. Zentral gelegene Krankenhäuser dienen dabei als erste Kontakt- und Beratungsstellen. Dabei werden im Laufe der Dialogprozesse Vertreter der örtlichen staatlichen Behörden eingebunden. Bei der Bearbeitung und Klärung individueller komplizierter Rechtslagen werden oft Präzedenzfälle geschaffen, die den Rechtszugang für weitere Angehörige dieser Randgruppen verbessern.

Die Hanns-Seidel-Stiftung richtet darüber hinaus in Kooperation mit der Thammasat-Universität Bangkok Seminare zu Themen wie der Verbesserung der Arbeitsrechtslage, Bodennutzungsrecht und zu Möglichkeiten des Erhalts offizieller Ausweis-papiere aus. Die Seminare richten sich sowohl an Vertreter der Lokalverwaltung, als auch direkt an Angehörige der benachteiligten Minderheiten.



Hilfesuchende Staatenlose erhalten Unterstützung



Rechtsberatung durch die Juristische Fakultät der Thammasat-Universität Bangkok

## WIRKUNGEN

Die Rechtsberatung für ethnische und soziale Minderheiten wird in hohem Maße angenommen. In Zusammenarbeit mit den Partnern der Juristischen Fakultät der Bangkokener Thammasat-Universität wurden im ersten Quartal 2018 26 Beratungsmaßnahmen für ethnische und soziale Minderheiten in Bangkoks Umgebung sowie in sechs weiteren Provinzen durchgeführt. Durch diese Maßnahmen konnten 281 Teilnehmern Wissen zu Fragen der Migration und Staatenlosigkeit, zu Rechten ethnischer Minoritäten, Grenzverletzungen und Arbeitsrecht vermittelt werden. Dadurch verbessert sich ihr Rechtsverständnis und ihre Fähigkeit, sich gegenüber Rechtseinrichtungen zu äußern.

### Weiterführende Informationen:

@ thailand@hss.de  
 www.hss.de/thailand  
 https://www.facebook.com/HannsSeidelFoundationThailand



Mehr Factsheets finden Sie hier.

Bitte tun Sie mehr für die sozialen und ethnischen Minderheiten. Die Armen leben vor allem in den Bergregionen an den Grenzen Thailands. Was müssen wir tun, damit sie soziale Stabilität bekommen, denn sie alle leben seit langem in Thailand und haben trotz allem Probleme, ihre soziale Versorgung zu erlangen... Was können wir tun, denn es gibt viele von ihnen...?

Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Maha Chakri Sirindhorn im Februar 2015 an den amtierenden Ministerpräsidenten Prayut Chan-o-cha

Sie werden in die Lage versetzt, ihre Rechte bei den zuständigen Rechtsinstanzen bzw. Behörden einzufordern. Darüber hinaus lassen sich Mitarbeiter der örtlichen Behörden sowie staatliche Akteure auch auf nationaler Ebene mit den Rechtsproblemen der sozialen und ethnischen Minderheiten konfrontieren und sind demzufolge entsprechend sensibilisiert, zu Lösungen bei Problemfällen beizutragen. Durch die durchgeführten Projekte verstehen die Vertreter des staatlichen Sektors die Rechtsprobleme der Zielgruppen besser und setzen sich für die Einholung der Rechte von betroffenen Bürgern stärker ein. So werden mehr Angehörige von Minderheiten bei der Erlangung und Durchsetzung ihrer Bürgerrechte unterstützt. Juristische Stellungnahmen, die von Vertretern des Justizministeriums angefertigt werden, schaffen dabei jetzt schon zusätzlich Rechtssicherheit. ■

## UNSERE PARTNER



Universität Chiang Mai



Thammasat-Universität Bangkok



Naresuan-Universität Tha Pho

### Impressum:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstr. 33, 80636 München  
 Tel. 089/1258-0 | E-Mail: info@hss.de | Online: www.hss.de  
 Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.  
 Generalsekretär: Dr. Peter Witterauf  
 Leiterin Institut für Int. Zusammenarbeit: Dr. Susanne Luther (V.i.S.d.P.)  
 Referatsleiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Hubertus Klingsbögl  
 Kontakt: iiz@hss.de | Stand: 07/2018